2. Verhältnis der B.D. des Reichspräsidenten vom 3. März 1923 betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen (RRBl. I S. 159) zu § 1 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 — SpionG.

V. Straffenat. Ur. v. 22. Oktober 1923 g. N. 7 J 177/23.

Aus den Gründen:

„Der Angeklagte ging bei seiner Betätigung bewußt darauf aus, sich Gegenstände und Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse

der Landesverteidigung erforderlich ist, zu verschaffen, um sie an eine ausländische, die französische, Regierung gelangen zu lassen und dadurch die Sicherheit des Reiches zu gefährden. Er wußte auch, als er den Soldaten für das Bringen geheimer Schriftstücke zehn Millionen Mark versprach, daß sie dadurch ihre Dienstpflicht verletzen würden, und er wollte sie dazu bestimmen.

Die Tat des Angeklagten, der annahm, das ihm übergebene Schriftstück sei die Abschrift ein s wirklichen Geheimbefehls und seine Aushändigung an die französische Nachrichtenstelle werde die Sicherheit des Reiches gefährden, würde an sich den Tatbestand eines versuchten Verbrechens nach § 1 SpionG. 1914 erfüllen. Da sie aber während der Geltungsdauer der WD. des Reichspräf. vom 3. März 1923 begangen ist, so fällt sie unter § 1 dieser WD., wonach bei Ausschluß mildernder Umstände mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft wird, wer während der in Friedenszeit erfolgten Besetzung deutschen Gebiets durch eine fremde Macht dieser in wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Angelegenheiten als Spion dient. Diese Vorschrift enthält den allgemeinen Tatbestand des § 1 SpionG. 1914; aber dieser allgemeine Tatbestand geht für den besonderen Fall des Dienens als Spion während einer Besetzung deutschen Gebiets durch eine fremde Macht in dem Tatbestande des § 1 der WD. vom 3. März 1923 auf. Dessen Strafbestimmung umfaßt die Spionagetätigkeit in einer engeren Gestalt. Es liegt also insoweit nicht Tateinheit (§ 73 StGB), sondern Gesetzesinheit vor, bergestalt, daß ausschließlich § 1 der WD. vom 3. März 1923 als das Sondergesetz auf die Tat des Angeklagten anzuwenden ist (RGSt. Bd. 49 S. 421).